

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2008



## Reisefreiheit auch für den Produktionsfaktor Kapital

Mobilitätssignale 2008: Die Europäische Union erweitert den – nach dem luxemburgischen Verhandlungsort eines Grenzabkommens benannten – „Schengenraum“. Sie ermöglicht damit das kontrollfreie Reisen nun auch für die Bürger östlicher, später hinzugetretener EU-Mitgliedsländer. Die deutsche Bundesregierung wirbt derzeit um Zustimmung zu Überlegungen, ausländische Kapitalbeteiligungen an europäischen – und somit auch deutschen – Unternehmen einer fallweise zu erteilenden oder zu verweigernden Genehmigung zu unterwerfen. Die Bürger sollten der Bundeskanzlerin antworten: „Frei zu reisen ist schön, frei zu investieren ist wirtschaftlich überlebenswichtig. Antrag auf Zustimmung zu Abschottungsmaßnahmen abgelehnt!“

Die Gründe, die für eine Beschränkung der Mobilität von Kapitalströmen über Ländergrenzen hinweg angeführt werden, überzeugen nicht. So wird von Politikern – bezeichnenderweise nicht von Unternehmensführern und Unternehmenseignern – häufig der Verdacht geäußert, Kapital ausländischer Herkunft („Sie wissen schon, an wen und an welche Länder da zu denken ist...“) werde nur vordergründig als wirtschaftliche Investition in Bewegung gesetzt. In Wahrheit gehe es nur darum, in Deutschland ansässige Unternehmen zur Abnahme teurer Energielieferungen zu zwingen oder sie sonstwie als Konkurrenten auszuschalten.

Dass es beispielsweise auch an der deutschen Energiepolitik liegt, hier ansässige Unternehmen – egal, wem sie gehören – vor erpresserischer Preiswillkür russischer oder nicht-russischer Gas- und Öllieferanten durch ein hier verfügbares Energieangebot zu schützen, bleibt bei solchen Szenarien unbedacht. Und das aus treffendem Grund: Die deutsche Energiepolitik tut nichts dazu, die Nachfrage nach Energie auch aus heimischen, konkurrenzfähigen Quellen zu bedienen. Da gilt es in der Tat zu handeln – aber nicht bei der Beschränkung der Reisefreiheit des Produktionsfaktors Kapital.

Hans D. Barbier

## Dank „kühner Reformen“ gestärkt ins neue Jahr

Die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds besuchen jährlich die Mitgliedstaaten und nehmen deren wirtschaftliche Entwicklung unter die Lupe. Im Rahmen dieser sogenannten Artikel-4-Konsultationen entsteht ein Bericht zur allgemeinen Lage, zum Finanzsystem und zur Situation der öffentlichen Finanzen.

Im Dezember 2007 wurde das Ergebnis für Deutschland veröffentlicht. Die Ökonomen verzeichneten für die Bundesrepublik eine „bemerkens- und beneidenswerte Erholung“. Die Reformanstrengungen der letzten Jahre wurden gelobt und für den aktuellen Aufschwung mit verantwortlich gemacht.

Zugleich wiesen die Autoren der Untersuchung jedoch darauf hin, dass für die deutsche Volkswirtschaft noch keine Reformpausen anstehen: Um Gewonnenes nicht zu verspielen, seien weitere Herausforderungen zu meistern – darunter sich anbahnende Engpässe bei hoch qualifizierten Arbeitskräften – sowie Kehrtwenden zu vermeiden, zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik.

[www.imf.org](http://www.imf.org)

## Aufstieg durch Bildung

Im Jahr 2007 ist das Lehrstellenangebot gestiegen. Leider konnten ältere und schlecht qualifizierte Jugendliche davon nicht profitieren: 385 000 Ausbildungsplatzbewerber,

## Altbewerber

Lehrstellensuchende, die länger als ein Jahr aus der Schule waren

1998/1999	316 736
1999/2000	307 779
2000/2001	300 419
2001/2002	304 369
2002/2003	327 216
2003/2004	338 538
2004/2005	341 863
2005/2006	385 068
2006/2007	384 871

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung

die bereits im Vorjahr oder früher die Schule verlassen haben, waren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet. Damit stellen die sogenannten Altbewerber inzwischen die Mehrzahl aller Ausbildungsplatzsuchenden. Ihre Erfolgsaussichten sind umso geringer, je länger sie die Schule bereits verlassen haben, häufig sogar ohne Abschluss.

Um die Chancen für schlecht vermittelbare Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen, sollen in Zukunft Unternehmen, die Altbewerber mit Haupt- oder Realschulabschluss ausbilden, einen Ausbildungsbonus erhalten. Dies hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ beschlossen. Der von der BA gezahlte Zuschuss soll zwischen 4 000 und 6 000 € pro Auszubildenden betragen und bis zu 20

Prozent der Lohnkosten abdecken. Bis 2010 rechnet die Bundesregierung mit 100 000 zusätzlichen Lehrstellen.

www.bmbf.de

### Ältere Arbeitnehmer öfter gefragt

Zwischen 1998 und 2006 ist die Zahl der über 50-jährigen Arbeitnehmer um 1,5 Millionen Personen gestiegen (von 22,6 auf 25,7 Prozent aller Erwerbstätigen). Das hat das Institut der Deutschen Wirtschaft im Rahmen seiner Studie „Altern in der modernen Gesellschaft“ herausgefunden. Die Zahl der unter 50-jährigen Arbeitnehmer blieb mit gut 27 Millionen stabil.

Die Bundesagentur für Arbeit erklärt den Zuwachs damit, dass Ältere vor allem wegen ihrer Qualifikationen vom derzeitigen Aufschwung profitieren. Außerdem müssten die Betriebe stärker auf ältere Fachkräfte zurückgreifen, da wegen des demographischen Wandels der Nachwuchs fehle.

70 Prozent der Unternehmer haben nach einer Umfrage des Bundes Junger Unternehmer keine Vorbehalte, ältere Arbeitnehmer einzustellen. Etwa 44 Prozent der Befragten meinten, dass die über 50-jährigen genauso viel leisten wie die Jüngeren. Personalverantwortliche loben vor allem die Arbeitsmoral, das hohe Qualitätsbewusstsein, den Erfahrungsschatz, die Loyalität und die Lernbereitschaft. Im Alter nähmen zwar die Kraft und das Reaktionsvermögen ab; die Fähigkeit, umsichtig und vorausschauend zu arbeiten, nehme aber zu.

www.iw-koeln.de

## Klimafaktor Politik

Im August 2007 wurden auf der Kabinettsklausur in Meseberg Eckpunkte für ein Energie- und Klimaprogramm vereinbart. Vorrangiges Ziel: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent – im Vergleich zum Basisjahr 1990 – reduziert werden. Die Eckpunkte wurden durch den Kabinettsbeschluss vom 5. Dezember 2007 konkretisiert.

Der Anfang Dezember aufgelegte Maßnahmenkatalog, der im „Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung“ (IEK) festgeschrieben ist, umfasst fünf Bereiche, in denen das angestrebte CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel realisiert werden soll:

■ Die Bundesregierung setzt auf höhere Energie-Effizienz, zum Beispiel durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung und „saubere Kraftwerke“.

■ Sie fordert und forciert den Einsatz von erneuerbaren Energien in privaten Neubauten bei Strom und Wärme.

■ Das IEK schreibt höhere Anteile von Biokraftstoffen und weniger Mineralöl in Heiz- und Kraftstoffen vor.

■ Im Straßenverkehr soll die Kfz-Steuer für Neufahrzeuge ab 2009 am Schadstoffausstoß – anstatt wie bisher am Hubraum – bemessen werden. Auch die Höhe der Lkw-Maut soll sich an den Emissionen bemessen.

■ Der fünfte Bereich schließlich umfasst die Reduktion von „Nicht-CO<sub>2</sub>-Treibhausgasemissionen“; damit sollen die Emissionen der eingesetzten Kältemittel in Kühlanlagen verringert werden.

Alles in allem hat die Bundesregierung ein umfassendes und vor allem sehr detailliertes Paket auf den Weg gebracht. Mit dem IEK ist auch eine Aufstockung der

Mittel für den Klimaschutz von 850 Millionen € im Jahr 2005 auf 2,6 Milliarden € im Jahr 2008 verbunden.

### Ehrgeiziges Vorhaben

Das Emissionsziel der Bundesregierung ist ehrgeizig, zumal ein großer Teil der inzwischen bereits erreichten Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland erwiesenermaßen auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zurückzuführen ist: Nach Einführung der D-Mark im Sommer 1990 konnten viele ostdeutsche Betriebe nicht mehr rentabel produzieren und mussten schließen. Dass Deutschland im internationalen Vergleich als CO<sub>2</sub>-Reduktions-Musterland gilt, ist weitgehend auf diesen historisch bedingten, einmaligen Strukturwandel zurückzuführen.

Da Vergleichbares bis 2020 – hoffentlich – nicht zu erwarten ist, ist zweifelhaft, ob in den verbleibenden zwölf Jahren das im IEK verkündete Ziel erreicht wird. Die Bundesregierung rechnet vor, dass das Paket eine CO<sub>2</sub>-Senkung von rund 36 Prozent bringt. Die fehlenden vier Prozent würden in den kommenden Jahren durch technische Innovationen hinzukommen. Die Bundeskanzlerin gibt sich überzeugt: „Wir werden in den nächsten Jahren beachtliche technische Neue-

rungen sehen – sowohl bei der Energieproduktion, also beispielsweise bei konventionellen Kraftwerken und bei der Stromerzeugung aus Solarenergie, als auch auf der Verbraucherseite, das heißt bei Geräten, Fahrzeugen und Gebäuden. Dieser Innovationsschub wird erheblich dazu beitragen, dass Deutschland seine führende Position als Hochtechnologieland in Zukunft behaupten kann.“

Die Kosten für das IEK belaufen sich laut Umweltbundesamt bis zum Jahr 2020 auf etwa 31 Milliarden €; im Gegenzug lassen sich Energiekosten von 36 Milliarden € einsparen. Insgesamt hofft die Bundesregierung, rund 220 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu vermeiden; im vergangenen Jahr wurden in Deutschland knapp 770 Millionen Tonnen emittiert.

### Der Teufel im Detail

Während auf den ersten Blick die im IEK geplanten Vorhaben recht positiv wirken, ergeben sich bei genauerem Hinsehen Zweifel, zum Beispiel bei den geplanten CO<sub>2</sub>-Einsparungen im privaten Haus- und Wohnungsbau. Im Zeitraum von Januar bis September 2007 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 121 000 Wohnneubauten genehmigt. Jedes Bauvorhaben hat rech-



„Wenn wir aus der Kernenergie aussteigen und wenn wir alte, klimaschädliche Kohlekraftwerke vom Netz nehmen wollen, benötigen wir Ersatz. Das geht nicht von heute auf morgen. Die Ausrüstungstechnik ist knapp und teuer, die Genehmigungsverfahren dauern lange.“

Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur

nerisch eine Fläche von rund 145 Quadratmeter. Dafür werden üblicherweise jährlich 12 000 kWh Energie für Heizung und Warmwasser benötigt sowie knapp drei Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr emittiert. Sinken bei Neubauten – nur sie sind im IEK genannt – gemäß Planung künftig etwa 50 Prozent des bisherigen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, entspricht das einer Einsparung von 1,4 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr und Haus. Hochgerechnet auf die bis September 2007 genehmigten Bauanträge summiert sich die gesamte CO<sub>2</sub>-Einsparung auf 170 000 Tonnen pro Jahr. Doch wie der Volksmund weiß: „Wenn das Wörtchen wenn nicht wär'...“.

Das IEK ist nämlich nur ein kleines Puzzleteil beim Klimaschutz-Vorhaben. Während die Bundesregierung mithilfe des IEK Deutschland zum CO<sub>2</sub>-Reduktions-Musterschüler machen möchte, sind bis zum Jahr 2012 bis zu 25 neue Kohlekraftwerke geplant. Sicherlich ist – dank nationaler Vorkommen – die Verstromung von Braunkohle die kostengünstigste Form der Stromerzeugung; leider ist sie aber auch die schmutzigste. Ein 1 000-Megawatt-Kohlekraftwerk stößt täglich rund 20 000 Tonnen CO<sub>2</sub> aus; im Jahr summiert sich das auf rund sieben Millionen Tonnen. Das voraussichtliche Einsparpotenzial für neue Privathäuser und Wohnungen liegt im Jahr – wie oben ausgeführt – bei jährlich rund 170 000 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Vom IEK und den Regelungen werden zudem lediglich Neubauten erfasst, die Sparpotenziale des Altbaubestan-

des dagegen vernachlässigt. Allein 53 Milliarden € Heizkosten könnten bis zum Jahr 2020 gespart werden, wenn die Eigentümer älterer Gebäude die Heizanlagen modernisieren würden. Bislang – das hat das Fraunhofer Institut herausgefunden – zögern die Deutschen, ihre Renovierungsfreude ist eher verhalten: Weniger als 30 Prozent der 39 Millionen Häuser und Wohnungen in Deutschland seien saniert. Die Forscher meinen, hierzu würde die Kosten für die energetische Sanierung über-, das Einsparpotenzial von Dämmungen und modernen Heizsystemen unterschätzt.

### Zweckoptimismus?

In Bezug auf die erneuerbaren Energien zeichnen sich weitere Probleme ab, zum Beispiel beim Ausbau der Windkraftkapazitäten. Es gibt bereits ein großes Ungleichgewicht, da der größte Teil der inzwischen fast 20 000 Windräder im weniger industrialisierten Norden der Bundesrepublik steht. Der dort erzeugte Strom muss über viele hundert Kilometer zu den im Süden gelegenen Verbrauchern transportiert werden. Dafür fehlen aber die entsprechenden Hochspannungs-Trassen. Bläst der Wind stärker oder flaut er plötzlich ab, kommt es zu Leitungsproblemen. Doch im Rahmen des IEK sollen Windkraftanlagen auf hoher See – sogenannte Offshore-Anlagen – stärker zum Einsatz kommen. Dadurch werden sich die Stromtransportprobleme aber verschärfen.

Der Optimismus von Bundeskanzlerin Merkel über zu erwartende „beachtliche technische Neuerungen“ ist ebenso bemerkenswert. Die Bundesregierung rechnet beispielsweise damit, dass Verfahren zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung frühestens ab dem Jahr 2020 kommerziell verfügbar sein werden. In einer Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/7264) weist sie selbst darauf hin, dass diese Technologien aus einer Reihe von Verfahrensschritten bestehen, die getrennt betrachtet werden müssen und von denen sich einzelne Verfahren noch in „einer frühen Entwicklungsphase“ befinden.

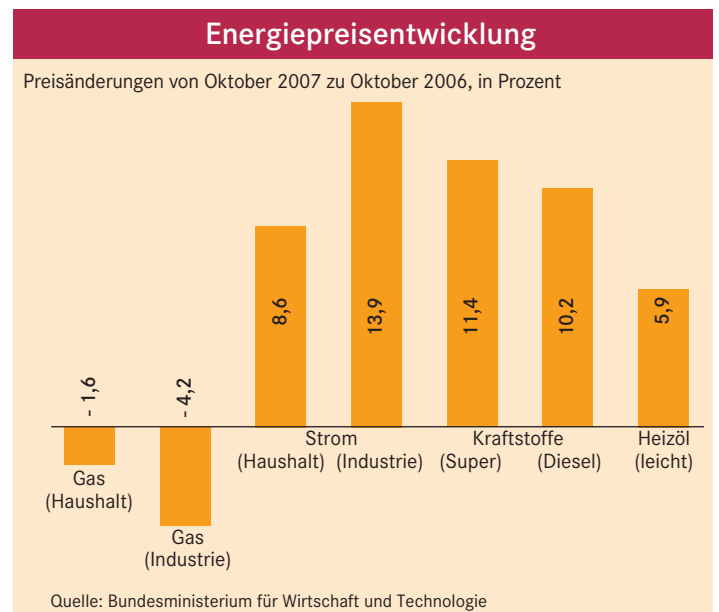
### Mustergültige Klimaschutzbürger gesucht

Ob beim Hausbau, beim Stromverbrauch oder im Straßenverkehr: Mit Hilfe des IEK hofft die Bundesregierung den CO<sub>2</sub>-Ausstoß – man könnte annehmen, koste es, was es wolle – zu senken. Sie ver-

sucht, die Bürger zu mustergültigen Klimaschützern zu erziehen und die CO<sub>2</sub>-Senkung durch eine Kombination aus Regeln, Anreizen und Hilfen zu erreichen. Es bleibt abzuwarten, welchen Erfolg das Vorgehen der Bundesregierung haben wird. Absehbar ist schon jetzt: Es ist sehr bürokratisch geregelt, und es macht den Bezug von Strom und Wärme teurer.

Immerhin sollen die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen nach dem Willen der Bundesregierung alle zwei Jahre evaluiert werden. Ob sich bei einem komplexen System wie dem Klima tatsächlich innerhalb dieser kurzen Zeit Veränderungen feststellen lassen, sei dahingestellt. Nach Meinung der Bundesregierung soll jedenfalls „nachgesteuert“ werden, wenn sich in diesem Zeitraum entsprechende Anhaltspunkte ergeben. Was das bedeutet, mag man sich angesichts des IEK nicht vorstellen.

Andreas Schirmer



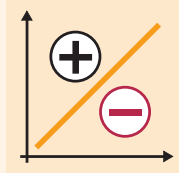


„Es ist die Leistung der Menschen, die den Staat zusammenhält. Wir sollten uns nicht vormachen, dass sich Glück als Sozialleistung organisieren lässt.“  
Horst Köhler

# IM KLARTEXT

## Januar 2008

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** **+**  
Laut Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) boten die Unternehmen im abgelaufenen Jahr 2007 bundesweit 644 100 freie Lehrstellen an. Das waren 52 500 Ausbildungsplätze mehr als 2006. Von den angebotenen Stellen wurden rund 97 Prozent besetzt.

In den alten Bundesländern wurde mit 500 800 abgeschlossenen Lehrverträgen das beste Ergebnis seit Anfang der 1990er Jahre erreicht. Die gute Konjunktur, aber auch

das höhere Angebot außerbetrieblicher Lehrstellen für sozial benachteiligte Jugendliche führten zur Lehrstellenzunahme. Der Wermutstropfen: Außerbetriebliche Stellen werden vor allem durch staatliche Programme und die Bundesagentur für Arbeit finanziert.

**Eigenverantwortung** **-**  
Auch im Jahr 2007 haben sich weniger Menschen für eine ei-

gewerbebetriebe in die Register eingetragen, für 2007 rechnet die Creditreform Wirtschaftsforschung nur noch mit rund 856 000 Gewerbeanmeldungen.

**Geldwertstabilität** **-**  
Das Statistische Bundesamt hat für das Jahr 2007 eine Teuerungsrate von 2,2 Prozent für Deutschland errechnet. Dieser Wert liegt über dem von der Europäischen Zentralbank angestrebten Ziel von „unter, aber nahe zwei Prozent“. Dies ist für die Jahresteuerrate aus deutscher Sicht der erste Verstoß seit Einführung der gemeinsamen europäischen Geldpolitik im Jahr 1999; es handelt sich sogar um den höchsten Preisanstieg seit 1994. Großen Anteil am Anstieg hatten die steigenden Preise für Energie und Nahrungsmittel. In diesen Bereichen wirkten vor allem die internationalen Knappheiten preistreibend.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Politik preissteigernd gehandelt hat. Ins Auge sticht vor allem die drastische Erhöhung

der Mehrwert- und der Versicherungssteuer zum Jahresbeginn 2007. Zusätzlich haben die sogenannten „administrierten Preise“, z. B. für Bildung – Stichwort Studiengebühren – zur Teuerung beigetragen. Indirekt – und damit eher unscheinbar –, aber kaum weniger „effektiv“ wirkten Vorschriften, beispielsweise die Pflichtbeimischung von Biokraftstoffen.

Auch mit Beginn des neuen Jahres ist die Politik als Preistreiber aktiv: So dürften sich durch das „Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung“ die Energiepreise weiter verteuern.

### Lehrstellen

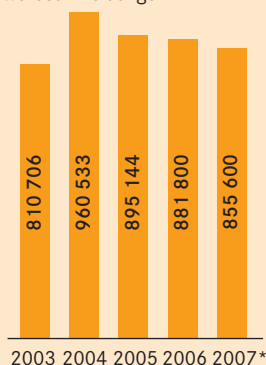
neue Ausbildungsverträge, jeweils 30. September



Quelle: Bundesinstitut f. Berufsbildung

### Existenzgründer

Gewerbeanmeldungen



\* geschätzt

Quelle: Stat. Bundesamt, Creditreform

genständige Existenz als Unternehmer entschieden: 2006 wurden noch fast 882 000 Unternehmen und

### Teuerung

Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahr, in Prozent

1999	0,6
2000	1,4
2001	2,0
2002	1,4
2003	1,1
2004	1,6
2005	2,0
2006	1,7
2007	2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: Bundesnetzagentur (innen); dpa-international  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*